

Mittendrin statt nur dabei: Inklusion von Menschen mit Behinderungen in Baden-Württemberg

Mit- und voneinander lernen – Anforderung an Politik und Praxis

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe bildungspolitisch interessierte Mitbürger,

Erlauben Sie mir eine kurze **Vorbemerkung**: Bei Ihren Unterlagen finden Sie ein INFO-Blatt in anregungsreichem Farbdruck. Anregungsreich sage ich auch deshalb, weil es zum Ziel hat, Sie auf viele beeindruckende und Mut machende Beispiele für inklusives Arbeiten und Unterrichten aufmerksam zu machen, die es mittlerweile gibt.

Auf einem zweiten Blatt in S/W-Druck finden Sie außerdem einige ausgewählte Themen und Aussagen zum Thema „Inklusive Bildung“ auf die ich in diesem Text eingehe und die als Stichworte auch in der ppt auftauchen.

Und eine zweite Vorbemerkung:

Möglicherweise sind Sie überrascht, dass der Behinderungsbegriff in diesen Ausführungen nur selten auftaucht. Das hat den einfachen Grund, dass ich Behinderung als eine Ausprägung von Individualität und Heterogenität begreife. Als Pädagoge muss ich dann nur noch fragen: An welcher Stelle seiner Persönlichkeitsentwicklung und seiner Lernprozesse steht dieser Mensch? Welches sind die nächsten Schritte? und Welche Hilfen braucht er dazu?

Diese Fragen sind die Schlüsselfragen jeder Pädagogik und letztlich auch der Kerngedanke von Sonderpädagogik. Auch die Umkehrung dieses Gedankens funktioniert: Alles was man unter dem Aspekt der Individualisierung und der Heterogenität in einer inklusiven Schule tut hilft allen Beteiligten – seien sie behindert oder auch nicht.

Die vorgegebene Überschrift meines Beitrags

„Mit- und voneinander lernen – Anforderungen an Politik und Praxis“

enthält zwei wichtige Botschaften:

„**Mit- und voneinander lernen**“ ist nicht nur ein Prozess, sondern eine Grundhaltung bzw. eine Grundeinstellung zum Lernen. Sie muss auf allen Handlungsebenen und bei allen Personengruppen im Bereich Schule Schlüsselthema sein – ganz egal ob es sich um Kinder, Eltern, Lehrer- oder Politiker handelt. Dazu braucht es Offenheit und Zuversicht und selbstverständlich auch ein Stück Veränderungsbereitschaft.

Teil 2 der Überschrift „**Anforderung an Politik und Praxis**“ macht deutlich, dass diese Form des Lernens auch Voraussetzungen braucht. Und weil Lernen komplex und mehrdimensional ist, möchte ich das Stichwort Anforderung gerne in der Mehrzahl gebrauchen.

Damit Lernen und Entwicklung für alle Kinder wirklich gut gelingen kann braucht es zumindest drei zentrale Voraussetzungen, die allen Kindern und Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden müssen:

- Ein möglichst anregungsreiches und gesundes Lebensumfeld im familiären Rahmen – wenn nötig, begleitet durch beratende Hilfen oder andere Unterstützungsmaßnahmen
- qualitativ hochwertige öffentliche Lern- und Entwicklungsräume – also Kindertagesstätten und Schulen, durchaus im Kontext mit Vereinen oder anderen außerschulischen Gruppierungen

- ein Bildungssystem, das so lange wie möglich gemeinsames Aufwachsen und gemeinsames Lernen ermöglicht.

Diese Voraussetzungen müssen in einen gesellschaftlichen Konsens eingebettet sein, in dem „Koexistenz“ über „Konkurrenz“ steht und in dem „Ermutigung“ – im Sinne von Zuversicht – nicht beschädigt werden darf.

Wichtig für die anstehenden Veränderungsprozesse ist es außerdem, dass wir uns ein Problem bewusst machen: So wie es im Fußballbereich hunderttausende von Bundestrainern gibt, gibt es im Erfahrungsfeld Schule Millionen von erfahrenen Betroffenen. Egal ob als Schüler oder als Eltern – sie haben ihre Erfahrungen im bestehenden Schulsystem gesammelt. Sie kennen diesen „Laden“ von innen und außen – haben aber kaum alternative Erfahrungen und Bilder im Kopf, wie Lernen motivierender und erfolgreicher organisiert werden kann. Woher denn auch?

Jeder Veränderungsversuch im Bereich Bildung und Schule muss mit den festgefügt vorhandenen Bildern, Annahmen und Überzeugungen umgehen – auch mit ihren emotionalen Komponenten. Im Bestehenden kennen wir uns aus, fühlen uns sicher und müssen nicht mit Überraschungen rechnen. Neue Wege ins Unbekannte sind mit Risiken und Unsicherheiten verbunden – und lösen bei vielen Menschen Ängste und Abwehr aus.

Umsteuerungsaufgaben und –felder für erfolgreiches Erziehen und Unterrichten

Ich will versuchen zu skizzieren, was zu den wichtigsten Umsteuerungsaufgaben und –feldern gehört, damit wir hoffentlich erfolgreicher **für alle** erziehen und unterrichten können.

„Auf den Anfang kommt es an“ darf nicht nur ein Schlagwort bleiben

Aus entwicklungspsychologischen Forschungen wissen wir mittlerweile sehr genau, dass emotionale und kognitive Entwicklungs- und Lernprozesse sehr früh beginnen – teilweise schon im Mutterleib. Welch riesige und komplexe Lernschritte bereits in den ersten Lebensmonaten stattfinden ist in beeindruckender Weise beschrieben und erforscht.

Und wie wichtig die Jahre der so genannten frühkindlichen Bildung – also des Zeitraums vor der Einschulung – sind, ist ebenfalls hinreichend belegt. Auch die Wichtigkeit von Kommunikations- und Kontaktfähigkeit, Gruppenfähigkeit und Sprachkompetenz ist nicht mehr nur in Fachkreisen bekannt.

Auf diesem Hintergrund möchte ich deshalb nachdrücklich appellieren, dass die Forderung „Auf den Anfang kommt es an“ nicht nur ein Schlagwort bleiben darf.

Es gehört zu den zentralen PISA-Erkenntnissen, dass es im deutschen Sprachraum – und dazu zählt ja auch das Land der Schwaben und der Badener – schon immer einen starken Focus auf die Sekundarstufen und hier wiederum auf die Sekundarstufen II – also in der Regel auf die gymnasialen Oberstufen – gegeben hat. Dies hat sich – wie man heute so schön sagt – 1:1 auch auf die Bildungsfinanzierung niedergeschlagen.

Aus den jährlich von der OECD herausgegebenen Informationen „Bildung auf einen Blick“ und aus den Veröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wissen wir, dass die Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Schüler in Baden-Württemberg im internationalen Vergleich – kaufkraftbereinigt insbesondere im Primarbereich relativ gering sind. Mit umgerechnet 5800 US-Dollar-Kaufkraftparitäten – kurz KKP – „erreichten sie 2008 nur etwa 81 Prozent des durchschnittlichen OECD-Niveaus“ (Zeitschrift Schulverwaltung, Ausgabe 1/2012: Finanz- und Personalausstattung baden-württembergischer Schulen im OECD-Vergleich).

Im Sekundarbereich dagegen erreicht Baden-Württemberg mit 8500 US-Dollar-Kaufkraftparitäten immerhin 94 Prozent des Ausgabendurchschnitts der OECD.

Daraus ergibt sich: Im schulischen Bereich muss die finanzielle und konzeptionelle Grundausstattung der Grundschulen deutlich verbessert werden.

Auch wenn aufgrund politischer Entscheidungen die Sekundarstufe I .zum Kern der angestrebten Veränderungsprozesse gemacht wurde, darf der Auf- und Ausbau der notwendigen Förderbedingungen unter den Stichworten „Individualisierung“ und „Inklusion“ an den Grundschulen nicht vernachlässigt werden. Dort werden die Grundlagen für soziale Gemeinsamkeit und die basalen Kulturtechniken gelegt. In dieser Zeit werden auch Haltungen und Lernformen entwickelt auf denen die Sekundarschulen aufbauen und aus denen heraus Gemeinschaftsschulen erwachsen können.

Ein erster Schritt in diese Richtung wäre es, die Ergänzungsstunden, die seit Jahrzehnten als Option in der Grundschul-Studentafel stehen, endlich abzusichern und damit wirksam werden lassen.

Auch die Bereitstellung sonderpädagogischer und sozialpädagogischer Hilfen gehört in diesen Zusammenhang. Insbesondere im Bereich der Sinnes- und Körperbehinderungen ist es wichtig den betroffenen Schülern und den Lehrkräften der allgemeinen Schulen ausreichende Unterstützungsangebote bereit zu stellen.

Das Fachwissen und das Engagement unserer Sonderschulkolleginnen und –kollegen und die dauerhafte Einbindung des Arbeitsfeldes Sonderpädagogik in die allgemeinen Schulen ist dazu unerlässlich.

Ohne ein stabiles und sicheres Fundament geht es nicht – Zuversicht, Lernfreude, basale Kulturtechniken

Was wir ebenfalls wissen: Alle Grundlegungen, die in der Kleinkindzeit und in der Grundschule versäumt werden, generieren meist langwierige und schwierige Fördernotwendigkeiten in der Sekundarstufe. Die Folgeprobleme, die sich aus misslungen Lern- und Motivationsproblemen ergeben, sind mit zunehmender Verfestigung und zunehmendem Alter immer mühsamer zu korrigieren – wenn überhaupt.

Vorneweg und als Begründung zwei Erfahrungen aus meiner langjährigen Tätigkeit als Beratungslehrer an allgemeinen Schulen und als Lehrer an Sonderschulen.

- In dem Maße, in dem die Schule ihren Schülern die Neugierde und die Lernfreude nimmt und durch Misserfolgsängste ersetzt, gehen Zuversicht und Lernbereitschaft verloren.
- Erfolg ist die Voraussetzung und die Triebfeder für Anstrengungsbereitschaft und Kompetenzerwerb. Die grundsätzliche Erfolgsperspektive darf – und das ist eine unerlässliche Voraussetzung – niemals verloren gehen.

Wenn ich „niemals“ sage, meine ich:

Die Chance auf Erfolg muss unabhängig vom konkret erreichten Leistungsstand und unabhängig von der zeitlichen Platzierung des konkreten Lernprozesses immer wieder neu ermöglicht werden. In der Konsequenz heißt das: Es ist nachrangig, zu welchem Zeitpunkt und in welchem Lebensalter die basalen Fertigkeiten in den Bereichen Buchstabenkenntnis, Lese- und Schreibfertigkeit abgeschlossen werden oder wann die Orientierung im Zahlenraum oder das 1 x 1 gesichert verfügbar ist. Entscheidend ist, dass der Lernprozess so angelegt ist, dass das jeweils nächste Ziel zeitnah erreicht werden und im Falle eines Misserfolgs niederschwellig nachgearbeitet werden kann.

An dieser Stelle nochmals ein Querverweis zu PISA. Zwei Ergebnisse haben mich dort entsetzt.

1. Die Zuversicht und Lernfreude unserer 15-jährigen wurde im OECD-Vergleich als weit unterdurchschnittlich eingestuft.
2. Deutschland gehörte zu den Nationen in denen das Wissen von Lehrkräften über die individuellen Lernstände ihrer Schüler nur gering ausgeprägt war.

Wir dürfen unseren Blick aber nicht nur auf die – oft schwierig zu fassenden – lernpsychologischen Voraussetzungen beschränken.

Ich möchte hier auch ganz konkrete Bildungsziele und Kenntnisse benennen, die in der Schule erworben werden sollen. Bezogen auf die Überschrift dieses Vortrags gehört die Erreichung dieser Ziele schwerpunktmäßig in den Teilbereich „Anforderungen an die Praxis“.

Sie beziehen sich sehr konkret auf die basalen Kulturtechniken und ich stelle sie heraus, ohne deshalb den musischen Bereich und den Sport gering zu achten. Sie gehören zu den zentralen Aufgaben jeder Grundbildung – allen voran der Auf- und Ausbau des Mediums Sprache:

- Sprech- und Sprachkompetenz mit den Schwerpunkten auf „Mitteilen“ und „Verstehen“
- Ein erfolgreicher Lese- und Schreiblernprozess für möglichst alle Schüler
- Zahlraumorientierung und verlässliche Grundfertigkeiten in den Grundrechenarten

Ohne diese Basics, ohne ein sicheres Fundament in diesem Bereich geht es einfach nicht. Schon gar nicht, wenn die Chance auf eine eigenständige und selbstbestimmte Existenz gegeben sein soll. Ich meine damit in erster Linie eine Berufsausbildung und die Integration in den ersten Arbeitsmarkt.

Das ist eine originäre Aufgabe für uns Lehrer – nach Möglichkeit mit konstruktiver Unterstützung durch die Eltern. Aber ich nenne eine weitere Rahmenbedingung gleich dazu: Ohne Offenheit und Lernbereitschaft auf Schülerseite geht es auch nicht. Sie gilt es zu erhalten und aufzubauen. Glücklicherweise ist diese Neugier und Lernbereitschaft bei der übergroßen Mehrzahl unserer Schülerinnen und Schüler vorhanden – zumindest zu Beginn ihrer Schulzeit. Sie ist selbst noch bei Kindern mit massiven Lern- und Verhaltensproblemen vorhanden – aber häufig verschüttet.

Auch Lehrkräfte müssen zur Veränderung und Weiterentwicklung bereit sein

Die Bereitschaft zu Veränderung und Weiterentwicklung braucht es auch auf der Ebene der Lehrkräfte. Die Schlüsselprozesse liegen im Bereich der Haltungen:

- Inklusive Pädagogik sowie professionelle Lernbegleitung und –anleitung in heterogenen Gruppen kann selbstverständlich nur gelingen, wenn Veränderungen im Bereich der Zusammenarbeit und der Unterrichtsgestaltung akzeptiert und praktiziert werden.

Erfreulich ist: An vielen Schulen – allen voran der Grundschulbereich – werden bereits seit Jahren Formen des Werkstattunterrichts, der Wochenplanarbeit und der Arbeit in Projekten praktiziert. Das ist der Grundstock für Binnendifferenzierung und zieldifferentes Unterrichten. Dieses Engagement und diese Kompetenzen müssen wir nutzen und ausbauen.

Leistungsbeschreibung und –bewertung müssen angepasst und verändert werden.

- Unsere Notengebung ist ebenfalls stark mit Haltungen und überkommenen pädagogischen Konzepten verzahnt: Wer generalisierend sagt, Schüler brauchen Noten, weil sie sonst nicht lernen, denkt schlicht zu schmalspurig.

Nützlich sind Noten nämlich nur dann, wenn sie aussagekräftig und sachlich notwendig sind. Deshalb braucht es in der Grundschule und zu Beginn der Sekundarstufe keine Ziffernnoten.

In ihrer Grundfunktion sind Noten Instrumente eines Sortiersystems, das zu einem späteren Zeitpunkt für die Vergabe von Berechtigungen (Stichwort Allokation) durchaus Sinn macht. Sie sind aber nur begrenzt tauglich und wenig aussagekräftig für Dokumentations- und Rückmeldeverfahren in komplexen Lernprozessen. Wir verfügen mittlerweile über eine Vielzahl differenzierter Feedback-Systeme von denen ich beispielhaft Berichtszeugnisse, Lernpässe, Lernstandsbeschreibungen, Portfolios und Zertifikate nennen möchte

Ich respektiere die Bedenken vieler Kolleginnen und Kollegen ob diese neuen Aufgaben und Anforderungen angesichts großer Klassen und manchmal schwieriger Schülerschaft bewältigt werden können. Trotzdem sind sie wichtig und notwendig.

Konzeptionelle und strukturelle Veränderungen sind notwendig

Unter der Gesamtüberschrift „Schulstruktur“ gibt es auch Rahmenbedingungen, die in erster Linie über den Finanzierungsrahmen unserer Bildungseinrichtungen und im schulischen Bereich über rechtliche Vorgaben definiert sind. Beide Felder – nämlich die schulrechtlichen Vorgaben und der Finanzrahmen - sind politisch gestaltbar und politisch gestaltungsbedürftig.

- Zu den unerlässlichen konzeptionellen Voraussetzungen gehören gemeinsame Sozialerfahrungen. Dazu braucht es das gemeinsame Lernen geknüpft an die Option auf möglichst wohnortnahe Bildungsabschlüsse auf dem Niveau einer vollwertigen „mittleren Reife“. Auch die Anschlussoption an die Sekundarstufe II muss gesichert sein.
- Standortentscheidungen und der Zuschnitt von Schulen, einschließlich ihrer Organisationsform müssen grundsätzlich im Rahmen einer Regionalplanung erfolgen. Das Schulentwicklungsgutachten von Tino Bargel vom Januar 2010 bietet dafür eine hervorragende Grundlage.
- Zieldifferentes Arbeiten beutet konsequenter Weise aber auch die Aufhebung der bisherigen Versetzungsordnungen. Insbesondere in der Grundschule muss der Verbleib in einer gemeinsamen Lerngruppe möglich sein, auch wenn sich die Leistungsstände deutlich auseinander entwickeln. Die Aufgabe von Schule ist es, in einer guten Lernumgebung die jeweils bestmöglichen individuellen Lernfortschritte zu ermöglichen. Was sie aber nicht egalisieren muss und darf sind unterschiedliche Lernerfolge und unterschiedliche Leistungsniveaus. Sie sind Teil der Individualität von Menschen.
- Ganz grundsätzlich ist es notwendig, die Klassen- bzw. Lerngruppengrößen sinnvoll zu begrenzen –erst recht wenn Kinder mit ausgewiesenem zusätzlichem Förderbedarf in der Klasse sind. Dann braucht es auch eine angemessene Doppelbesetzung und ausreichende Unterstützung durch fachkompetente Lehrkräfte. Kinder mit Behinderungen müssen als Schüler/innen der Regelklasse gezählt werden.
- In der Konsequenz muss das bisherige System der Außenklassen neu überdacht und zunehmend durch „allgemeinschulische Dauerstandorte“ mit sonderpädagogischer und sozialpädagogischer Grundausstattung ersetzt werden, die Kindern unterschiedlicher

Behinderungen offen stehen. Gemeinschaftsschulen mit inklusiver Infrastruktur sind die beste Variante davon.

- Dieser notwendige Umbau löst umfangreiche Fortbildungs- und Weiterbildungsprozesse aus und eine wirkliche Neuausrichtung wird auf Dauer ohne eine neu aufgestellte Erzieherinnenausbildung und ohne eine neu konzipierte gemeinsame Lehrerausbildung nicht möglich sein.
- Aus Sicht der GEW gehört es auch zur unerlässlichen „Anschubfinanzierung“, die Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen (GMS) mit einem einheitlichen Deputat von 25 Wochenstunden auszustatten. Dabei handelt es sich aber nicht um ein wohlfeiles Lockmittel zur Findung von Lehrerinnen und Lehrern, sondern um einen notwendigen Anreiz und Ausgleich für den zweifellos höheren Abstimmungs- und Planungsbedarf an dieser neuen und konzeptionell anspruchsvollen Schulart.
- Dass darüber hinaus sonderpädagogische sowie sozialpädagogische Kompetenz – ggfs. auch Integrationshelfer für Kinder mit Handicap – als Grundausrüstung an jede Schule gehören, ist mittlerweile ebenfalls unstrittig. Die positiven Erfahrungen mit Schulsozialarbeit und teilweise mit Pädagogischen Assistentinnen und Assistenten belegen dies vielfach.
- Inklusion ist und bleibt ein permanenter Annäherungsprozess, der immer wieder auch an Grenzen stoßen wird. Schwierige Aufgaben sind die Einbindung von Kindern mit massiven Störungen im Sozialverhalten, mit sehr rudimentärer Sprachentwicklung (z. B. im Bereich der Hörschädigungen) und von Kindern mit schweren Mehrfachbehinderungen. Der Abbau von Ausgrenzungshürden und die Verschiebung dieser Grenzen kann nur in aktiver Zusammenarbeit mit der Sonderpädagogik gelingen.
- Deshalb muss auch klar gesagt werden: Inklusive Unterstützungsstrukturen sind nicht ressourcenneutral zu haben. Die Öffnung und Ausdifferenzierung von Unterrichtsformen und Lernprozessen braucht verbesserte organisatorische Rahmenbedingungen aber auch professionelle Fortbildung und Anleitung.

Zusammenfassend lässt sich also sagen:

Zukunftsfähige Schulstandorte müssen den regionalen Bedarf abdecken, Bildungsgänge möglichst lange offen halten und eine zukunftsfähige Größenordnung (Räume und Schülerzahlen) haben

Von entscheidender Bedeutung ist dabei der möglichst frühe Einstieg in gemeinsames Lernen und die Beibehaltung dieses Konzepts über einen möglichst langen Zeitraum – begleitet durch leistungsfähige Unterstützungssysteme.

Mit Sicherheit gilt: Der Start in Gemeinschaftsschulkonzepte gelingt erheblich leichter, wenn das Lernen in heterogenen Gruppen und in Kooperation statt in Konkurrenz bereits vor und in der Primarstufe begonnen, gelebt und eingeübt wird.

Weitere wichtige Kontextbedingungen – eine Auswahl

- Ein wertvolles Kapital sind die Erfahrungen, die unsere Kinder zum Zeitpunkt der Einschulung bereits aus den Kindertagesstätten mitbringen. Hier sind altersgemischte Gruppen und der Umgang mit unterschiedlichen Entwicklungsständen heute schon Alltag.
- Die Umsetzung des Orientierungsplans* im Bereich der frühen Bildung ist ein großer und wichtiger Professionalisierungsschritt. Wenn dieser Prozess bereits in den Startlöchern an

der Finanzierung scheitert, haben wir an dieser Stelle ein Grundsatzproblem. Dieses scheint die neue Regierung aber erkannt zu haben und arbeitet an Lösungen.

- Im Grundschulbereich muss die Basis gelegt werden, damit sich die soziale Schere nicht noch weiter öffnet! Und selbstverständlich ist das nur in einem Schulsystem ohne Ausgrenzung und Abschulung möglich – verbunden mit Schulangeboten, die Lern- und Lebensort zugleich sind.
- Auch wer auf die Erkenntnis verweist, dass die Bereitstellung von Geld keinen automatischen Qualitätsverbesserungsprozess auslöst, muss einräumen, dass die Verweigerung von Geld für die Finanzierung basaler Bildungsangebote das Erreichen eines qualitativ hochwertigen Bildungsangebots unmöglich macht. Der Sockel dafür wird aber in der frühen Bildung und im Primarbereich gelegt.
- In einem strukturell und real reichen Bundesland wie Baden-Württemberg muss es möglich sein, angelehnt an den OECD-Durchschnittswert, ein Haushaltsvolumen im Umfang von 5,9% des Brutto-Inlands-Produkts (BIP) für den Bildungsbereich bereit zu stellen.
- Aus der Organisationssoziologie wissen wir, dass Neuzuschneide- und Umsteuerungsprozesse durch klare strukturelle Vorgaben und gleich zu Beginn erfolgen müssen. Das heißt aber nicht, dass der Aufbau neuer Strukturen im Hauruckverfahren erfolgen soll oder durch einen überzogen engen Terminplan alle Beteiligten überfordert. Unter diesem Aspekt ist die Vorgabe Qualität statt Quantität, die im Bereich der Gemeinschaftsschulen derzeit praktiziert wird, durchaus sinnvoll und richtig. Es macht aber wenig Sinn, unter der Überschrift „everything goes“ einen unübersichtlichen Gemischtwarenladen von Schulangeboten mit unterschiedlichsten Stoßrichtungen entstehen zu lassen oder zu erhalten. Ob die Wiederaufnahme des G-9-Modells im gymnasialen Bereich eine kluge Maßnahme ist, darf bezweifelt werden.
- Eine reale Gefahr will ich ebenfalls ansprechen: Sofern es nicht zeitnah gelingt, die derzeitige Umbruchsituation und die Chance zum Neustart im Kontext des Regierungswechsels erfolgreich im Sinne einer wirklich neu ausgerichteten und zukunftsfähigen Bildungspolitik gestalten zu können, ist eine wirklich historische bildungspolitische Chance vertan.

Auch in einer Schule für Alle wird es Realität sein, dass unterschiedliche Abschlüsse vergeben werden. Abschlüsse und die damit verbundenen Anschlussberechtigungen für berufliche Ausbildung oder Hochschulstudien werden und müssen weiterhin an konkrete Leistungsniveaus und Kompetenzen gekoppelt sein. Einen so genannten „höheren Abschluss“ kriegt man nicht geschenkt. Dies gilt in gleicher Weise für die mittlere Reife. Eine Ausdifferenzierung und entsprechende Leistungsbewertungen – insbesondere in den lehrgangsorientierten Fächern in den oberen Klassen – sind deshalb unvermeidlich. Dafür gilt es Organisationsformen zu finden.

In diesem Zusammenhang noch eine Klarstellung: Eine in der Praxis immer wieder anzutreffende Unsitte sind so genannte „pädagogische Noten“. Ich behaupte: sie sind gefährlich und unehrlich und schon deshalb braucht man sie nicht. Noten müssen nach konkreten Maßstäben vergeben werden. Sonst sind sie wertlos, vergleichbar mit Falschgeld. Notwendig sind sie dort, wo es um konkrete Berechtigungen und Anschlussoptionen geht. Solche Entscheidungen werden aber erst gegen Ende der Pflichtschulzeit relevant.

Die erfolgreich integrativ und inklusiv arbeitenden Schulen in anderen Bundesländern beginnen damit in aller Regel in der Klasse 7 oder 8. Ab dann haben Noten und die damit verbundenen „Berechtigungen“ zunehmend ihren Platz. Die Vorgabe: transparent, ehrlich und niveaubezogen.

Unabhängig von der Frage wie viele Noten vergeben werden und ab wann, müssen wir uns aber klar machen, dass sich die Schere im Leistungsbereich nach oben öffnen wird. Das ist selbstverständlich auch in Ordnung. Denn wenn wir akzeptieren, dass es normal ist, verschieden zu sein müssen wir auch akzeptieren, dass Lernschwächere und Lernstärkere sehr schnell auf unterschiedlichen Niveaus lernen.

Es ist normal, verschieden zu sein

Lassen Sie mich den Leitsatz „Es ist normal verschieden zu sein“ noch durch einige zusätzliche „Merkposten“ ergänzen. In diesen wenigen Sätzen ist das komplette Sozial-Curriculum einer guten Schule gebündelt:

- „Auf den Anfang kommt es an“ (Titel eines Reinhard-Kahl-Films)
- „Niemanden beschämen und niemanden zurücklassen“
- „Ein Kind hat drei Lehrer: Der erste Lehrer sind die anderen Kinder. Der zweite Lehrer ist der Lehrer. Der dritte Lehrer ist der Raum.“
- „Friedlich, freundlich, langsam, leise“

Wer sie verstanden hat und mit Leben füllen kann, hat entscheidende Schritte in die Zukunft getan

Zum Abschluss eine schlechte und eine gute Nachricht

Beim Blick auf die aktuelle Schullandschaft und die schulische Praxis Baden-Württembergs durch die Inklusionsbrille stelle ich abschließend fest: es gibt eine schlechte und eine gute Nachricht.

Die schlechte Nachricht: Wir haben auf Grund der einengenden bildungspolitischen Vorgaben in den vergangenen Jahren sehr viel Zeit verloren um inklusive Praxis auf Schulebene zu entwickeln und zu verankern.

Die gute Nachricht: Die geplanten Schulgesetzänderungen und die Tatsache, dass mindestens 36 Schulen es geschafft haben, die Qualitäts-Hürden zur Zulassung als Gemeinschaftsschulen (GMS) zu überspringen sind erfreuliche und ermutigende Zeichen.

Es ist eine historische Chance, dass die Fußfessel des gegliederten Schulsystems abgenommen wird und dass wir die Möglichkeit bekommen, gemeinsame Wege der schulischen Bildung und in Hochschulen und Beruf zu entwickeln.

Dieser Prozess wird seine Zeit brauchen, weil wir viele Menschen mitnehmen müssen. Aber dieser Prozess ist zwingend notwendig und es ist Chance und Aufgabe der Politik, die Weichen richtig und zukunftsorientiert zu stellen.

Die GEW unterstützt diesen Prozess zur Öffnung unserer Schulen und zur Verbreitung guter pädagogischer Konzepte im Rahmen von Gemeinschaftsschulen. Sie hat nicht nur orientierende Eckpunkte formuliert sondern finanziert auch ein Gutachten zur konzeptionellen Ausgestaltung von Gemeinschaftsschulen bei der Universität Tübingen.

Auch das Schulentwicklungsgutachten vom Januar 2010 (Bargel-Gutachten) ist eine zusätzliche Planungsgrundlage und ein wichtiger empirischer Baustein zur Planung von Schulstandorten.

Lassen Sie uns gemeinsam gute Bedingungen für eine qualitätsvolle inklusive Praxis schaffen, die allen unseren Kindern und Jugendlichen hilft, sich gut und zuversichtlich zu entwickeln.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

→ 2 ANHÄNGE als Dateien

HINWEIS: Vortragstext und Anhänge finden sich auch auf Homepage der www.gew-bw.de

Anhang I

enthält auf 2 DIN-A-Seiten ausgewählte → Themen und Aussagen aus dem Vortrag zu den Stichworten KONZEPTION, STRUKTUR und FINANZEN

Anhang II

verweist unter den Stichworten MOTIVATION / AUSBLICKE / ANREGUNGEN / RAHMENBEDINGUNGEN und ECKPUNKTE / ZIELE und LEITGEDANKEN auf weiterführende Links, die – zumindest aus meiner Sicht – eine Fundgrube an Argumenten u. Anstößen für eine andere und bessere schulische Praxis sind.

Die angegebenen **LINKS** auf dem → **INFO-Blatt** führen direkt zur jeweiligen **HOMEPAGE**.

Mit den üblichen Suchmaschinen können Sie diese Netzseiten auch einfach durch die Eingabe der Schlüsselbegriffe oder der Überschriften finden.

Norbert Baur

*erläuternde Anmerkungen zum

Orientierungsplan für Bildung u. Erziehung für die baden-württembergischen Kindergärten

Bereits seit Mitte der 90er Jahre setzt das Land Baden-Württemberg deutliche Akzente in der frühkindlichen Bildung. Mit der Erstellung eines Orientierungsplans für Bildung und Erziehung in Tageseinrichtungen für Kinder stärkt Baden-Württemberg den Kindergarten als Ort der frühkindlichen Bildung. Mit dieser Stärkung soll die Voraussetzung für mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung von Bildungschancen und eine stärkere Entkoppelung von der sozialen Herkunft gewährleistet werden.

Der Orientierungsplan soll den Erzieherinnen und Erziehern Impulse zur pädagogischen Begleitung kindlicher Entwicklung zwischen dem dritten und sechsten Lebensjahr bieten, an die Bildungsprozesse vor der Kindergartenzeit anknüpfen und Ausblicke auf die Entwicklung der Bildungsbiografie des Kindes nach der Kindergartenzeit geben.

Mit dem Orientierungsplan wird auch ein neues Kapitel der Kooperation aufgeschlagen. Im Interesse einer kontinuierlichen Bildungsbiografie des Kindes betont er die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Eltern und eine weitergehende Verzahnung von Kindergarten und Grundschule. Für diese Bildungs- und Erziehungspartnerschaften erhalten Eltern, sozialpädagogische Fachkräfte und die Lehrkräfte der Grundschule Impulse und Hilfestellungen.

→ Film: "Magische Momente - Der Orientierungsplan Baden-Württemberg in der Praxis"

Der Film "Magische Momente", 2011 produziert vom Steinbeis-Transferzentrum Audiovisuelle Medien, zeigt anhand verschiedener konkreter Beispiele in zwei baden-württembergischen Kindergärten: Das Kind steht im Orientierungsplan im Mittelpunkt von Bildung und Erziehung. Dabei geht es nicht um eine abstrakte Analyse, sondern um konkrete, filmische Beobachtung des kindlichen Alltags. Er lässt Zuschauerinnen und Zuschauer staunen über das, was Kinder können und wie sie es machen - mit kompetenter Begleitung.

Der Film ist in Kapitel eingeteilt. Zur Präsentation (z.B. auf Elternabenden) können einzelne Kapitel ausgewählt werden. Es wurden an alle Kindergärten und Grundschulen Exemplare verschickt. Weiter Exemplare können bestellt werden:

⇒ **Ministerium für Kultus, Jugend und Sport** Referat 33 Postfach 10 34 42 70029 Stuttgart